Gelbe Scheine: Nachfrage um bis zu 1900 Prozent gestiegen

Die Reichsbürgeraktivitäten haben in einigen Teilen Bayerns von 2015 bis 2016 offenbar stark zugenommen. **Florian Ritter** (SPD) hatte in einer Anfrage von der Staatsregierung wissen wollen, wie oft in welchem Landkreis in den letzten beiden Jahren ein Staatangehörigkeitsausweis beantragt wurde. Der „Gelbe Schein" genießt hohes Ansehen, weil er letztlich auf das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 zurückgeht, als es die bei den Reichsbürgern geschmähte Bundesrepublik Deutschland noch nicht gab. Er gilt daher als Indiz für eine mögliche Nähe zur Ideologie der Reichsbürger.

Die Antwort des Innenministeriums zeigt eine deutlich erhöhte Nachfrage. In Niederbayern beispielsweise hat sich die Anzahl der beantragten Staatsangehörigkeitsausweise von 2015 auf 2016 mit 602 fast verdoppelt. Besonders stark nachgefragt waren die gelben Scheine im Landkreis Freyung-Grafenau (+650 Prozent), Rottal-Inn (+193 Prozent) und Regen (+190 Prozent). Die meisten Staatsangehörigkeitsnachweise wurden mit 1284 in Oberbayern beantragt – hier sticht mit einem Plus von 118 Prozent vor allem der Landkreis Miesbach hervor. Allerdings sind die Zahlen des Ministeriums stellenweise lückenhaft.

In Schwaben wurden letztes Jahr 432 Staatsangehörigkeitsausweise beantragt – 162 mehr als 2015. Mit einer satten Steigerung von 833 und 1900 Prozent fallen besonders die Landkreise Augsburg Land beziehungsweise Dillingen an der Donau auf. Etwas niedriger sind die Antragszahlen mit 377 in Unterfranken. Zahlen, wie viele es 2015 waren, kann die Staatsregierung nicht sagen. In Mittelfranken wurden im letzten Jahr 282 (+30) gelbe Scheine ausgegeben, in der Oberpfalz 244 (+52) und in Oberfranken 56 (+37). Im Oberallgäu ist die Zahl der Anträge von 41 im Jahr 2015 auf 104 innerhalb eines Jahres gestiegen. „Seit Beginn des Jahres 2015 bis März 2017 haben dort insgesamt vier Angehörige des öffentlichen Dienstes einen Staatsangehörigkeitsausweis beantragt", teilte das Ministerium mit. Das Oberallgäu wurde von SPD-Mann Ritter exemplarisch herausgegriffen, da der schwäbische Ort Bolsterlang in die Schlagzeilen geriet: Die örtliche Bürgermeisterin Monika Zeller (Freie Wähler) hatte an einem Seminar eines „Reichsbürgers" im Gemeindesaal teilgenommen.

Ritter hatte in seiner Anfrage auch die Hintergründe dieses Vorgangs abgefragt. In der Antwort teilte das Ressort von Innenminister Joachim Herrmann (CSU) allerdings mit, es habe von der erhöhten Nachfrage nach gelben Scheinen und von der Veranstaltung in Bolsterlang erst aus der Presse erfahren. Für Ritter ein Beleg für die vorherrschende Verharmlosung der Szene vor den tödlichen Schüssen auf den Polizeibeamten in Georgensgmünd im Oktober vergangenen Jahres. „Hier gilt es schnell aufzuklären und potentiell größeren Schaden zu verhindern." Gegen Bürgermeisterin Zeller läuft wegen des Reichsbürger-Verdachts inzwischen ein Disziplinarverfahren. TEXT LOH/SCREENSHOT YOUTUBE

NACHGEHAKT | Abgeordnete fragen, Ministerien antworten

Durchfallerquote, Hochwasser, Schlachttourismus

Mathe auf Lehramt: Über ein Viertel fällt durch

„Zahlreiche Studierende klagen über fehlerhafte Staatsexamensprüfungen, enorme Durchfallquoten und lange Bearbeitungszeiten bei eingereichten Beschwerden", schreibt **Peter Paul Gantzer** (SPD) in seiner Anfrage. Der Abgeordnete wollte daher von der Staatsregierung wissen, wie hoch die Durchfallquote im Fach Mathematik für Lehramt am Gymnasium tatsächlich ist.

Die Zahlen des Kultusministeriums belegen: Die Durchfallquote ist seit dem Frühjahr 2011 von 3,07 Prozent um rund 25 auf 27,21 Prozent im Frühjahr 2016 deutlich gestiegen. Zum Vergleich: Bei den Wirtschaftswissenschaften lag die Durchfallquote zuletzt bei 6,16

Das Kultusministerium findet die Prüfungsanforderungen „nicht unangemessen", erfuhr Peter Paul Gantzer (SPD). BSZ

Prozent, bei den Sportlern bei 3,98 Prozent und bei den Psychologen mit Schulpsychologie als Schwerpunkt bei null Prozent. Besonders viele angehende Mathematiker scheiterten auch im Herbst 2015 (zwölf Prozent), im Frühjahr 2014 (12,03 Prozent) und im Frühjahr 2015 (26,79 Prozent).

Die Gründe für die schlechten Leistungen sieht das Ressort von Kultusminister Ludwig Spaenle (CSU) an der zunehmenden Anzahl an Studierenden, die die Prüfung nach der neuen Lehramtsprüfungsordnung ablegen müssen. „Durch den Wegfall der mündlichen Einzelprüfungen im Rahmen der Ersten Staatsprüfung, bei denen in vielen Fällen zudem bessere Ergebnisse als bei den schriftlichen Einzelprüfungen erzielt wurden, verringern sich die Möglichkeiten, eine schlechte Note in einer der schriftlichen fachwissenschaftlichen Prüfungen auszugleichen", heißt es in der Antwort.

Eine Änderung der Prüfungsordnung hält das Kultusministerium

Durch die neue Prüfungsordnung fallen mehr Studierende durch. DPA

dennoch für unnötig. Zwar sei der Anteil der durchgefallenen Prüfungsteilnehmer „deutlich" gestiegen. „Die durchschnittlich erzielte Fachnote der je nach Prüfungstermin zwischen 135 und 306 Prüfungsteilnehmer im Fach Mathematik bleibt hingegen relativ konstant und ist nur zum Prüfungstermin Frühjahr 2015 einer deutlichen Schwankung unterworfen." Das lasse den Schluss zu, dass die Prüfungsanforderungen „nicht unangemessen" waren.

Schlachttourismus: Ministerien sind ahnungslos

Die Zahl der Tiertransporte bewegt sich auf einem hohen Niveau. „Allein zwischen 2005 und

Jedes zweite in der EU transportierte Schwein kommt zu uns. FOTO DPA

2009 stiegen die Transporte von Schweinen in der Europäischen Union um 70 Prozent an", erklärt **Nikolaus Kraus** (Freie Wähler). Hinzu kämen weitere Transporte in Drittländer. „Von den innerhalb der EU transportierten Schweinen erhielt Deutschland mehr als 50 Prozent der Tiere", ergänzt der Abgeordnete. Deutschland habe daher eine erhebliche Verantwortung. Kraus wollte aus diesem Grund von der Staatsregierung erfahren, was die Hauptgründe für Schlachttiertransporte aus anderen EU-Ländern zu uns sind und welche Gegenmaßnahmen dagegen ergriffen werden.

Das Umweltschutzministerium schreibt in seiner Antwort, aufgrund „fehlender Informationen" sei eine Aussage nicht möglich. „Die Informationslage erlaubt keine Einschätzung und damit auch keine Schlussfolgerungen." Konkrete Maßnahmen, wie eine Schlachtung der Tiere in der Nähe zum Ort der Mast gewährleistet und damit unnötige Tiertransporte vermieden werden können, seien weder dem Ressort von Umweltministerin Ulrike Scharf, noch Landwirtschaftsminister Helmut Brunner (beide CSU) bekannt.

Die Transporte von Schweinen in der EU sind um 70 Prozent angestiegen, weiß Nikolaus Kraus (Freie Wähler). BSZ

Umsetzung der ÖPNV-Barrierefreiheit unbekannt

Laut Personenbeförderungsgesetz soll der öffentliche Personennahverkehr in Bayern bis zum 1. Januar 2022 barrierefrei werden. **Hans Jürgen Fahn** (Freie Wähler) hakte jetzt nach, an wie vielen Haltestellen in Bayern dies bereits umgesetzt ist, wie die weiteren Planungen aussehen und wie dies finanziert werden soll.

Das Verkehrsministerium beteuert, die Barrierfreiheit werde zunehmend verbessert – entweder durch bauliche Maßnahmen an den Haltestellen wie dem Kasseler Sonderbord oder durch entsprechende Vorrichtungen an den Bussen wie ein Hublift.

Omnibushaltebuchten stünden in Baulast des jeweiligen Straßenbaulastträgers, weshalb die Anzahl der barrierefreien Bushaltestellen nicht bekannt sei. Für die Bundes- und Staatsstraßen sei aber vorgesehen, 2017 den Bestand der Bushaltestellen und deren bauliche Ausgestaltung in die Auflistung mit aufzunehmen.

Die Finanzierung der Barrierefreiheit obliegt laut Ressort von Verkehrsminister Joachim Herrmann (CSU) den Landkreisen und kreisfreien Städten. Für barrierefreie Omnibusbuchten können

Ohne Hublift gelangen Rollstuhlfahrer nicht in Busse oder Züge. DPA

Kommunen beziehungsweise Verkehrsunternehmen aber Fördermittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und dem Finanzausgleichsgesetz in Anspruch nehmen.

FW-Abgeordneter Fahn hält die Antwort des Ministeriums für „völlig unbefriedigend". „Die Staatsregierung weiß nichts über den aktuellen Zwischenstand und gibt zu, nichts über die tatsächliche Umsetzung zu wissen", kritisiert der Abgeordnete.

42 Prozent der Gefangenen haben keinen deutschen Pass

Gefangene mit Migrationshindergrund kommen manchmal aus Ländern, wo gesellschaftliche Normen und Weltanschauungen erheblich von den europäischen Vorstellungen abweichen. **Simone Strohmayr** (SPD) hakte jetzt bei der Staatsregierung nach, wie viele Menschen mit Migrationshintergrund in Bayern inhaftiert sind, welche Schulungen es für das Gefängnispersonal gibt und welche ethnisch bedingten Probleme bekannt sind.

Laut Justizministerium hatten in Bayern zum letzten Stichtag von 11 165 Gefangenen 42,36 Prozent eine ausländische Staatsangehörigkeit. Insgesamt waren 113 Nationalitäten vertreten. „Allerdings handelt es sich einerseits bei den Inhaftierten nicht in jedem Fall um einen Migranten. Andererseits haben zahlreiche Inhaftierte mit einer deutschen Staatsangehörigkeit durchaus einen Migrationshintergrund."

Um im Umgang mit den Gefangenen mögliche Missverständnisse rechtzeitig zu erkennen, werde die Vermittlung und Pflege interkultureller Kompetenz im Justizvollzug als Daueraufgabe gesehen, so das Ressort von Justizminister Winfried Bausback (CSU). „Wertvolle Hilfe leisten hierbei die eigenen Beschäftigten mit Migrationshintergrund." Bei neu auftretenden Problemen würden umgehend Fachtagungen organisiert, beispielsweise zum Thema Islamismus oder „Russlanddeutsche".

Die Gefangenen in Bayern stammen aus 113 Ländern. SYMBOLFOTO DPA

Hochwasser: Bagatellgrenze für Kommunen stark gesenkt

Sylvia Stierstorfer, **Wolfgang Fackler** und **Walter Nussel** (alle (CSU) sorgen sich um die Gewässer erster Ordnung. Darunter fallen zum Beispiel die Bundeswasserstraßen und Flüsse wie Iller, Inn und Isar. Welche sind in der Oberpfalz zum Beispiel bei Starkregen durch Hochwasser und Sturzfluten besonders gefährdet, fragten sie die Staatsregierung.

Gewässer erster Ordnung sind zwar bayernweit hochwassergefährdet, antwortet das Ressort von

Die über die Ufer getretene Altmühl in Neunstetten im Jahr 2011. DPA

Umweltministerin Ulrike Scharf (CSU). Informationen über die Auswirkungen könnten im Internetkartendienst „Informationsdienst überschwemmungsgefährdeter Gebiete" (*www.iug.bayern.de*) abgerufen werden. Bei Starkregenereignissen seien aber weit überwiegend Gewässer zwei-

Welche Gewässer sind durch Hochwasser und Sturzfluten besonders gefährdet, fragte Sylvia Stierstorfer (CSU). BSZ

ter und dritter Ordnung betroffen. „Relevante Auswirkungen auf Gewässer erster Ordnung sind bei Starkregenereignissen in der Regel nicht zu erwarten."

Bei Schäden durch Sturzfluten oder Starkregen kommt laut Ministerium zur Beseitigung eine Förderung nach dem Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden in Betracht – bei „Jahrtausendereignissen" zusätzlich ein Sonderprogramm. „Um die Kommunen zusätzlich zu entlasten, wurde die Bagatellgrenze unter anderem bei Schulen und Kindertageseinrichtungen 2016 von bislang 100 000 Euro auf 25 000 Euro deutlich abgesenkt." > **DAVID LOHMANN**